

2  
3 **Schulen an's Netz**

4  
5 Die Kommunalwahl 1999 hat eine Menge Schwung in die Rathäuser gebracht. Dank starker  
6 CDU-Mehrheiten mit vielen jungen Mandatsträgern, die sich für junge Themen einsetzen. So  
7 hat neben vielem anderen auch endlich die Initiative ‚Schulen ans Netz‘ an Fahrt gewonnen.  
8 In vielen Städten und Gemeinden wurden zum ersten Mal ernsthafte Etats für  
9 Schülercomputer bereitgestellt. Doch die vermeintliche Problemlösung hat erst den Blick auf  
10 die wirklichen Probleme geöffnet, bei denen das Land die Kommunen nicht weiter im Stich  
11 lassen darf:

12  
13 **1. Computer sind das Billigste**

14 Während alte Computer mit DOS und frühen Windows-Versionen noch sehr simple Maschi-  
15 nen waren, ist die Komplexität heutiger Systeme enorm gestiegen. Und damit auch die Feh-  
16 leranfälligkeit und die Folgekosten. Experten gehen davon aus, dass pro 60-90 Computer ein  
17 Servicetechniker notwendig ist. Dies bedeutet beispielsweise für Düsseldorf einen Perso-  
18 naleinsatz von fast 100 Kräften des gehobenen Dienstes - mit Kosten von jährlich über 10  
19 Millionen Mark. Hier tut das Land nichts. Deshalb fordert die Junge Union:

- 20  
21 • Die zusätzliche Bereitstellung von Mitteln für den technischen Support in gleicher Hö-  
22 he wie für die Anschaffung von Hard- und Software.  
23  
24 • Die Erarbeitung von Konzepten zur Reduktion der TCO (Total Cost of Ownership)  
25 durch externe IT-Spezialisten und Bereitstellung dieser Konzepte für die Schulträger,  
26 also die Kommunen. Diese Bereitstellung darf nicht nur in Form von Papierbergen  
27 geschehen, sondern muss in Seminaren praxisnah vermittelt werden.  
28

29 **2. Konzepte für den Einsatz im Unterricht**

30 Geld alleine macht nicht glücklich - eine alte Binsenweisheit, die von der Landesregierung  
31 aber leider nicht beherzigt wird. So bekommen die Schulen außer bescheidenen Finanzmit-  
32 teln vom Land derzeit nichts. Deshalb fordert die Junge Union:

- 33  
34 • Eine verbindliche Lehrerfortbildung in Sachen PC und Internet.  
35 Hierbei handelt es sich um eine schulinnere Angelegenheit - trotzdem müssen derzeit  
36 die Kommunen die Lehrerfortbildung organisieren, was vor allem kleinere Gemeinden  
37 völlig überfordert. Darüber hinaus können die Schulträger nur an den Fortbildungswil-  
38 len der Lehrer appellieren, eine Verpflichtung zur Fortbildung besteht derzeit nicht.  
39  
40 • Die Erarbeitung von lern-didaktischen Konzepten zur fächerübergreifenden Integration  
41 des Internets in den Unterricht sowie die Bereitstellung von geeigneten Unterrichts-  
42 materialien.  
43 Die wirkliche Herausforderung besteht nicht im Angebot von Schüler-Computerkursen  
44 während der Unterrichtszeit, sondern in der Vermittlung des kritischen Umgangs mit  
45 den Inhalten der neuen Medien. Auch dies ist eine schulinnere Angelegenheit, bei der  
46 im Land völlige Konzeptionslosigkeit herrscht.  
47  
48 • Die Erneuerung der Curricula.  
49 Die didaktischen Konzepte zur Integration des neuen Mediums in den Unterricht dür-  
50 fen keine netten Angebote werden, sondern müssen verbindlich in die Lehrpläne ge-  
51 geschrieben werden. Medienkompetenz darf kein Privileg von Schülern ‚besserer‘ Schu-  
52 len werden!  
53  
54 • Schluss mit Computerräumen.  
55 PCs dürfen nicht mehr allein in isolierten Räumen aufgestellt werden. Wie soll das  
56 Medium sonst jemals fächerübergreifenden Einsatz finden? Daher müssen in jeder

57 Schule neben den Informatikräumen auch mobile Einheiten angeschafft werden (wie  
58 bspw. die Düsseldorfer eSchool-Mobile), die den Einsatz in allen Fächern erlauben.  
59 Das Land muss hier geeignete Hardware-Konzepte erarbeiten und den Schulträgern  
60 samt finanzieller Förderung bereitstellen.

### 61 62 **3. Besseres Lernen mit besserer Software**

63 Neben der aktiven und passiven Vermittlung von Medienkompetenz sind moderne PCs auch  
64 in der Lage den herkömmlichen Unterricht zu unterstützen. Hierfür lautet das Stichwort Lern-  
65 software, die nicht nur Sprachlabors ersetzt, sondern auch die aktive Begleitung des Lern-  
66 stoffs erlaubt. Doch sind die Lizenzen hierfür mit 100,- DM und mehr je Platz für die meisten  
67 Schulträger viel zu teuer. Daher fordert die Junge Union:

- 68  
69 • Die Erstellung von Lernsoftware im Auftrag des Landes.  
70 Zu allen gängigen Schulbüchern muss durch das Land Lernsoftware entwickelt oder  
71 gekauft werden, die sowohl den Schulträgern als auch den Schülern kostenfrei zur  
72 Verfügung gestellt wird. Nur so werden die lerndidaktischen Möglichkeiten der neuen  
73 Technik auf breiter Basis Akzeptanz finden, statt ein Privileg für Kinder aus wohlha-  
74 bendem Elternhaus zu sein.

### 75 76 **4. Ein Laptop für jeden Schüler**

77 Großen Worten sollten auch große Taten folgen - dies gilt derzeit vor allem für die Bundes-  
78 regierung. So redet der Bundeskanzler immer wieder gerne vollmundig von den Laptops für  
79 jeden Schüler - ohne aber auch nur im Ansatz ein Konzept zu haben. Stattdessen schiebt die  
80 Politik der Industrie den „schwarzen Peter“ zu („die Geräte sind zu teuer und zu kompliziert“),  
81 worauf die Industrie mit der passenden Gegenreaktion aufwartet („wenn keine einfachen  
82 Geräte bestellt werden, werden auch keine gebaut“). Deshalb fordert die Junge Union:

- 83  
84 • Einen Auftrag an die Industrie für Schülerlaptops.  
85 Ziel sollen preiswerte und robuste Computer sein, die eine Textverarbeitung und ei-  
86 nen Internet-Zugang bereitstellen. Dazu werden weder große Festplatten noch teure  
87 Windows-Lizenzen gebraucht. Erst wenn seitens der Bundes- oder Landesregierung  
88 eine verbindliche Zusage (also Einstellung geeigneter Haushaltsmittel) zum Erwerb  
89 von preiswerten Laptops für alle Fünftklässler getätigt wird, wird die Industrie ent-  
90 sprechende Geräte entwickeln und anbieten.

### 91 92 **5. Verstetigung und Erweiterung der GFG-Mittel**

93 Die klangvolle „e-nitiative“ der Landesregierung krankt nicht nur – wie oben dargestellt - an  
94 völliger Konzeptlosigkeit, sondern auch an finanziellen Mitteln. So werden für die Kommunen  
95 - bei vorsichtiger Schätzung - etwa ein Zwanzigstel der notwendigen Mittel bereitgestellt.  
96 Solcherlei Ausschüttungen können dann eigentlich auch direkt eingestellt werden. Diese  
97 Erkenntnis hat die Landesregierung wohl mit einiger Verspätung auch erreicht, so dass im  
98 letzten Jahr kurzerhand noch GFG-Mittel in fünffacher Höhe der ursprünglichen Mittel bereit-  
99 gestellt wurden. Doch diese werden nun im zweiten Jahr ausgeschüttet, ohne dass der zu-  
100 künftige Weiterbestand in irgendeiner Weise berechenbar ist. Daher fordert die Junge Union:

- 101  
102 • Die Festschreibung und Erhöhung der GFG-Mittel für einen Mindestzeitraum von fünf  
103 Jahren. Ohne Planungssicherheit werden die Kommunen die Gelder nur für kurzfris-  
104 tigen Aktionismus ausgeben und keine langfristige IT-Strategie darauf ausrichten.